



**Geschäftsführung  
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und  
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Schacknat

Telefon: (0221) 25001

Fax: (0221)

E-Mail: Melina.Schacknat@STADT-KOELN.DE

Datum: 24.06.2020

## **Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, den 08.06.2020, 17:00 Uhr bis 18:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

### **Anwesend waren:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Thomas Hegenbarth	SPD
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Christer Cremer	auf Vorschlag der AfD
Herr Florian Franzen	auf Vorschlag der FDP
Herr Pascal Pütz	auf Vorschlag der SPD
Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Alf Bernd Spröde	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft LST
Frau Chantal Schalla	auf Vorschlag der SPD
Frau Lisa Steinmann	SPD
Herr Christoph Schmitz	CDU

## **Verwaltung**

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller

Herr Dr. Rainer Heinz

Herr Olaf Wagner

Herr Josef Breuer

Herr Frieder Wolf

## **Gleichstellungsbeauftragte**

Frau Bettina Mötting

## **GPR**

Herr Jörg Dicken

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Werner Marx

CDU

## **Beratende Mitglieder**

Herr Thomas Hilden

auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Markus Wiener

Einzelmandatsträger (bis 15.04.2018 pro Köln)

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Eli Abeke

BÜNDNIS 14

## **Beratende Mitglieder**

Herr Axel Hopauf

auf Vorschlag der CDU

Frau Alexandra Staufenbiel

auf Vorschlag der CDU

Herr Daniel Bauer-Dahm

GRÜNE

Herr Tjark Sauer

Linke

## **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Peter Neuhaus

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft LST

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des AVR und begrüßt die Anwesenden.

Er teilt mit, dass mit Ratsbeschluss vom 06.02.2020 Frau Lisa Steinmann auf Antrag der SPD-Fraktion als sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales benannt wurde. Der Sitz war bislang vakant. Aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie konnte eine Verpflichtung bislang nicht erfolgen. Der Vorsitzende übernimmt die Verpflichtung gemäß Paragraph 5 Absatz 2 der Hauptsatzung und trägt den Verpflichtungstext aus Paragraph 5 Absatz 1 der Hauptsatzung vor.

Im Anschluss trägt der Vorsitzende die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung vor:

- 1.2 Tätigkeitsbericht 2019 des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern  
1596/2020  
*(zugesetzt am 02.06.2020)*
  
- 3.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom  
04.05.2020 betreffend "Falschparken auf Gehwegen"  
1578/2020  
*(zugesetzt am 05.06.2020; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)*
  
- 3.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom  
04.05.2020 betreffend "Städtepartnerschaftskonzept"  
1546/2020  
*(zugesetzt am 08.06.2020; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)*
  
- 6.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Untersuchung der Auswirkungen von Sauberkeit auf die Sicherheitssituation im öffentlichen Raum"  
AN/0754/2020  
*(zugesetzt am 03.06.2020)*
  
- zu 6.2 Beantwortung der Anfrage AN/0754/2020 - Untersuchung der Auswirkungen von Sauberkeit auf die Sicherheitssituation im öffentlichen Raum  
1734/2020  
*(zugesetzt am 08.06.2020; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)*
  
- 10.6 Besondere Regelung zur "Straßenmusik im Domumfeld"  
0228/2020  
*(zugesetzt am 05.06.2020; der Auszug aus dem Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation wird als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)*

Des Weiteren teilt der Vorsitzende mit, dass nachfolgender Tagesordnungspunkt auf Wunsch der Verwaltung von der Tagesordnung abzusetzen ist:

4.11 Mitteilung zum Änderungsbeschluss vom 23.04.2018 (AN/0629/2018)  
hier: Vorstellung des erarbeiteten Rollenbildes für den Ordnungsdienst  
0685/2020

Die Mitteilung soll nach der sitzungsfreien Zeit zusammen mit einer noch einzubringenden Mitteilung „Abschlussbericht Corona“ behandelt werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Redebeiträge aufgrund der aktuellen Situation möglichst vom Sitzplatz aus erfolgen sollen und die Sitzungsdauer so kurz wie möglich gehalten werden sollte.

Zudem teilt er mit, dass zu TOP 4.10 ein kurzer, mündlicher Beitrag durch Herrn Dr. Heinz erfolgen werde und die Möglichkeit zur Beantwortung etwaiger Rückfragen gegeben werde.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass unter TOP 8.1 ein Dringlichkeitsantrag vorliege.

MdR Görzel teilt mit, die Dringlichkeit des Antrages sei bereits im Unterausschuss Digitales und Kommunikation festgestellt worden.

MdR Dr. Elster ergänzt, dass der Dringlichkeitsantrag in den AVR verwiesen worden sei und eine erneute Begründung der Dringlichkeit demnach entfalle.

Der Vorsitzende erläutert, dass eine Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages aus formalen Gründen notwendig sei und lässt den Ausschuss über diese abstimmen. Der Dringlichkeit wurde zugestimmt.

Im Anschluss erkundigt sich der Vorsitzende nach weiteren Änderungswünschen zur Tagesordnung.

MdR Dr. Krupp teilt mit, im Rechnungsprüfungsausschuss sei beschlossen worden, den Ergebnisbericht der Gemeindeprüfungsanstalt nachrichtlich auch in den AVR einzubringen. Dies sei jedoch nicht geschehen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass ihm Gründe hierzu nicht bekannt seien. Er gehe jedoch davon aus, dass dies in der kommenden Sitzung geschehen werde.

MdR Richter teilt mit, dass es zu der unter TOP 10.1 geführten Vorlage einen Beschluss gegeben habe, diese in das Wohnungsbauforum einzugeben und die Beratungsfolge so lange zu stoppen. Daher müsse dieser Tagesordnungspunkt zurückgestellt werden. Der Stadtentwicklungsausschuss habe die Vorlage zurückgestellt. Zu der unter TOP 10.2 geführten Vorlage habe es eine Terminanfrage des Behindertenbeauftragten zu einem Fachgespräch gegeben. Dieser Termin werde im Juni stattfinden. Bis dahin sollte diese Vorlage ebenfalls zurückgestellt werden. Der Wirtschaftsausschuss habe die Angelegenheit ebenfalls zurückgestellt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Vorlagen unter TOP 10.1 und TOP 10.2 geführten Vorlagen unter diesen Voraussetzungen zurückzustellen seien. Er erkundigt sich, ob weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung bestehen.

MdR Tokyürek bittet darum, die unter TOP 10.3 und TOP 17.1 geführten Vorlagen ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Der Vorsitzende nimmt die Vorschläge entsprechend auf und lässt formell über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

-

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

- 1.1 EDELGARD schützt - Aktueller Sachstand und Evaluationsbericht  
0805/2020
- 1.2 Tätigkeitsbericht 2019 des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern  
1596/2020

#### **2 Internationales**

#### **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

- 3.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom 02.12.2019 betreffend "Messenger-Dienst als städtisches Kommunikationsmittel"  
0602/2020
- 3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom 27.01.2020 betreffend "Umsetzungsstand des Projektes "Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe" (4200/2019)  
0865/2020
- 3.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom 04.05.2020 betreffend "Falschparken auf Gehwegen"  
1578/2020
- 3.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom 04.05.2020 betreffend "Städtepartnerschaftskonzept"  
1546/2020

#### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

- 4.1 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zu der Thematik Marketingmaßnahmen / Personalgewinnung  
0075/2020

- 4.2 Brüsseler Platz - Gerichtlicher Vergleich vor dem OVG NRW am 20. November 2019  
0370/2020
- 4.3 Kinderfreundliche Kommune Köln  
Erster internationaler Child Friendly Cities Summit in Köln, veranstaltet durch UNICEF und der Stadt Köln / Halbzeitbilanz "Kinderfreundliche Kommune"  
3580/2019
- 4.4 Mitgliedschaft der Stadt Köln bei Transparency International  
0452/2020
- 4.5 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung  
0178/2020
- 4.6 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen 2019  
0434/2020
- 4.7 Evaluationsbericht zum vereinfachten Ersatzbeschaffungsverfahren von Rettungsdienstfahrzeugen durch die Festlegung von Nutzungsdauern  
0688/2020
- 4.8 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zum Kaufhof-Bewerbertag in 2019  
0606/2020
- 4.9 Kompensationszahlung der Stadt Köln für 2019  
0493/2020
- 4.10 Transparenzbericht 2019 zur Verwaltungsreform #wirfürdiestadt  
0651/2020
- ~~4.11 Mitteilung zum Änderungsbeschluss vom 23.04.2018 (AN/0629/2018)  
hier: Vorstellung des erarbeiteten Rollenbildes für den Ordnungsdienst  
0685/2020~~
- 4.12 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht;  
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen  
0299/2020
- 4.13 Inklusionstaxen in Köln  
1098/2020
- 4.14 Pilotprojekt barrierefreie Indoor-Navigation bei 33  
3596/2019

4.15 Veränderte Prioritäten im Klimaschutz  
0875/2020

4.16 Einsatz von Bodycams bei der KVB  
1558/2020

## **5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

## **6 Schriftliche Anfragen**

6.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Einsatzkonzepte Karneval Streetwork und Ordnungsdienst"  
AN/0364/2020

6.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Untersuchung der Auswirkungen von Sauberkeit auf die Sicherheitssituation im öffentlichen Raum"  
AN/0754/2020

Beantwortung der Anfrage AN/0754/2020 - Untersuchung der Auswirkungen von Sauberkeit auf die Sicherheitssituation im öffentlichen Raum  
1734/2020

## **7 Mündliche Anfragen**

## **8 Anträge**

8.1 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Maßnahmen zur digitalen und kontaktlosen Datenerfassung"  
AN/0661/2020

## **9 Platzvergaben**

9.1 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2020  
1316/2020

## **10 Allgemeine Vorlagen**

10.1 Stellplatzsatzung für Köln  
3217/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke betreffend TOP 10.1 "Stellplatzsatzung für Köln" (3217/2019)  
AN/0503/2020

10.2 Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen  
2763/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend TOP 10.2 "Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen" (2763/2019)  
AN/0324/2020

- 10.3 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums (WRM) und Fondation Corboud und Randbebauung - Baubeschluss  
1051/2020
- 10.4 Umsetzung des Förderprogramms "DigitalPakt NRW" zur Digitalisierung der Kölner Schulen - außerplanmäßige Auszahlungen im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben in den Haushaltsjahren 2020 und 2021  
0844/2020
- 10.5 Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung  
1056/2020
- 10.6 Besondere Regelung zur "Straßenmusik im Domumfeld"  
0228/2020

## **11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

### **13 Mitteilungen der Verwaltung**

- 13.1 Beschleunigung von Vergabeverfahren - Amt für Recht, Vergabe und Versicherungen setzt Maßnahmen um  
0439/2020
- 13.2 Gerichtliche Auseinandersetzung mit der Arge KAN "Kulturzentrum am Neumarkt" - Sachstandsbericht Stand 03.2020  
0955/2020

### **14 Schriftliche Anfragen**

### **15 Mündliche Anfragen**

### **16 Anträge**

### **17 Allgemeine Vorlagen**

- 17.1 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums (WRM) und Fondation Corboud und Randbebauung - Grundstücksgeschäfte Martinstraße 30 und 32  
1051/2020/1



- 17.2 Bedarfsfeststellung zur Beschaffung und Wartung von VMware-Lizenzen  
1151/2020
  
- 17.3 Bedarfsprüfung zur Erneuerung und Erweiterung des städtischen Datennetzwerks (CAN) in den Jahren 2021 bis 2026 – „Rahmenvertrag Netz V6“  
1160/2020
  
- 17.4 Verbundprojekt "Optimierung der Bauprozesse" - Bedarfsfeststellung für die Vergabe externer Beraterleistungen  
1418/2020

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **1.1 EDELGARD schützt - Aktueller Sachstand und Evaluationsbericht 0805/2020**

MdR Möller bedankt sich für den differenzierten Bericht, der gut verdeutliche, dass der Bekanntheitsgrad von Edelgard auf den verschiedensten Ebenen zunehme. Sie hoffe, dass das Wachstum so fortschreite. MdR Möller nimmt Bezug auf Seite 12 des Berichtes. Dort sei aufgeführt, dass bis zum Ende des Jahres 2019 in nahezu allen Stadtbezirken schützende Orte zu finden seien. Sie erkundigt sich, in welchen Stadtbezirken es bislang noch keine schützenden Orte gebe. Darüber hinaus bittet sie um Mitteilung, ob diese Stadtbezirke künftig vorrangig bearbeitet und versorgt würden.

Frau Mötting teilt mit, ihr sei aktuell nicht bekannt, um welche Stadtteile es sich handele. Es seien jedoch eher die Randbezirke. Wo sich die geschützten Orte befänden, sei auch auf der Edelgard-Map zu sehen. Der Fokus sei zunächst auf den innerstädtischen Bereich sowie auf die Bereiche im Umfeld, an denen viel Betrieb herrsche und viele Frauen sowie Mädchen unterwegs seien, gelegt worden. Es sei jedoch selbstverständlich vorgesehen, dies über das gesamte Stadtgebiet auszuweiten. Hierauf werde in den Jahren 2020 und 2021 der Fokus gelegt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **1.2 Tätigkeitsbericht 2019 des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern 1596/2020**

MdR Möller bedankt sich für den Bericht und teilt mit, dass sie insbesondere die strategische Partnerschaft in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für ausgesprochen zukunftsweisend erachte. Allerdings wünsche sie mehr Informationen zu den Zahlen. In zwei Fällen, auf Seite drei und auf Seite sechs, seien Zahlen bezüglich der Mentoring-Teilnehmerinnen und der Beratungsarbeit angeführt. Diese Zahlen an sich sagten allerdings nicht viel aus, wenn keine Vergleichszahlen vorlägen. Sie hätte es begrüßt, wenn die Zahlen vom Vor- und/oder Vorvorjahr zum Vergleich vorgelegen hätten. MdR Möller bittet darum, dies beim nächsten Mal zu berücksichtigen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **2 Internationales**

### **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

#### **3.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom 02.12.2019 betreffend "Messenger-Dienst als städtisches Kommunikationsmittel" 0602/2020**

MdR Hegenbarth nimmt Bezug auf den vorletzten Absatz der Mitteilung. Dort sei aufgeführt, dass im Amt für Informationsverarbeitung derzeit ergänzend eine open-source-basierende Messaging-Lösung für die Echtzeit-Kommunikation im Kontext von Projekten erprobt werde. MdR Hegenbarth erkundigt sich, ob es zwischenzeitlich einen neuen Sachstand gebe oder ein Zeitraum zur Einführung genannt werden könne.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, bei der Feuerwehr werde derzeit ein Messenger-Dienst erprobt, um die Kommunikation innerhalb der Feuerwehr zu erleichtern und die Nutzung von Whatsapp überflüssig zu machen. Hier werde dieselbe Basis wie beim KIKS-Projekt an den Schulen verwendet. Es sei zunächst mit einer zwanzig Personen starken Gruppe gestartet worden und er gehe davon aus, dass in Kürze ein Sachstandsbericht geliefert werden könne.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom 27.01.2020 betreffend "Umsetzungsstand des Projektes "Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe" (4200/2019) 0865/2020**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **3.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom 04.05.2020 betreffend "Falschparken auf Gehwegen" 1578/2020**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **3.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom 04.05.2020 betreffend "Städtepartnerschaftskonzept" 1546/2020**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **4 Mitteilungen der Verwaltung**

#### **4.1 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zu der Thematik Marketingmaßnahmen / Personalgewinnung 0075/2020**

MdR Möller führt aus, dass in der Mitteilung insbesondere das Bewerbercenter angesprochen werde. Die aufgeführte Zahl von 1.600 externen Neueinstellungen sei sehr positiv zu werten. Es sei jedoch nicht ersichtlich, was genau sich hinter dieser Zahl verberge. Insbesondere im technischen Bereich habe die Stadt Köln Schwierigkeiten, Fachkräfte zu gewinnen. Daher wäre es für sie von Interesse, zu wissen, wie hoch deren Anteil an der Gesamtzahl ist. Darüber hinaus habe sie eine Nachfrage im Hinblick auf die Arbeit des Bewerbercenters. Sie bittet um Mitteilung, wie viele Bewerbungen bereits durch das Bewerbercenter bearbeitet und wie viele Einstellungen vorgenommen wurden.

MdR Richter erkundigt sich, wie viele Neueinstellungen aufgrund des Nichtbestehens der Probezeit von der Gesamtzahl der Neueinstellungen abzuziehen seien.

Herr Wagner bedankt sich für die Nachfragen und teilt mit, dass er ebenfalls sehr erfreut über die hohe Anzahl von Neueinstellungen sei. Zu den 1.600 Neueinstellungen seien zudem noch die neuen Auszubildenden zuzurechnen. Eine Aufteilung nach den jeweiligen Berufsgruppen werde nachgereicht. Für August beziehungsweise Anfang September dieses Jahres sei darüber hinaus geplant, den Personalbericht 2019 vorzulegen. Aus diesem sei dann eine noch dezidiere Aufstellung zu entnehmen. Die bereits durch das Bewerbercenter geleistete Arbeit spiegele sich unter anderem auch in diesen 1.600 Neueinstellungen wider. Derzeit sei das Bewerbercenter bereits für eine deutlich zweistellige Zahl von Dienststellen im sogenannten Full Service tätig. Jede Woche kämen etwa ein bis zwei neue Ämter hinzu, die sich diesem Full Service freiwillig anschließen. Für den neuen Personalbericht sei auch diesbezüglich ein erstes Resümee geplant. Anfang dieses Jahres seien aufgrund der Corona-Pandemie leider viele Events wie beispielsweise Messen und Kampagnen ausgefallen. Dadurch sei eine Säule des Bewerbercenters - das nach außen Treten - weggefallen. Inwiefern sich dies auf die Zahlen auswirke, werde ebenfalls Ende August, Anfang September ausgewertet. Zudem sei ebenfalls im August beabsichtigt, die neuen Räumlichkeiten im Stadthaus Deutz zu beziehen. Zu diesem Zeitpunkt könne das Bewerbercenter dann personell wie räumlich komplett starten. In Hinblick auf die Kündigungen während der Probezeit teilt Herr Wagner mit, dass es sich um eine sehr geringe Anzahl handle. Etwa 50 bis maximal 80 Fälle. Auch dies werde im Nachgang genau verifiziert und dem Ausschuss mitgeteilt. Erfreulicherweise sei bei der Stadt Köln kein überproportionales Verhältnis an Probezeitkündigungen zu verzeichnen, obwohl man durch eine intensive Einstellungspolitik sehr offen sei und sich demnach im Zweifel eher für als gegen eine Einstellung ausspreche.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

#### **4.2 Brüsseler Platz - Gerichtlicher Vergleich vor dem OVG NRW am 20. November 2019 0370/2020**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.3 Kinderfreundliche Kommune Köln Erster internationaler Child Friendly Cities Summit in Köln, veranstaltet durch UNICEF und der Stadt Köln / Halbzeitbilanz "Kinderfreundliche Kommune" 3580/2019**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.4 Mitgliedschaft der Stadt Köln bei Transparency International 0452/2020**

MdR Hegenbarth teilt mit, dass er im Jahr 2017 im Rat der Stadt Köln die Mitgliedschaft der Stadt Köln bei Transparency International beantragt habe. Er sei stolz darauf, dass dies nun umgesetzt worden sei. MdR Hegenbarth erkundigt sich, ob die Ratsmitglieder zukünftig in regelmäßigen Abständen über den aktuellen Sachstand informiert würden.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass die Verwaltung gerne einen Vorschlag machen könne, in welcher Form über die Mitgliedschaft, die Arbeit und dem, was sich daraus ergebe, zukünftig regelmäßig berichtet werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.5 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung 0178/2020**

MdR Spröde teilt mit, dass die nächste Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender zwar erst in der übernächsten Woche stattfindet, der vorliegende Bericht dort jedoch bereits behandelt worden sei. Bei Betrachtung der Studie sei festzustellen, dass etwa zehn bis 15 Prozent der Jugendlichen dem LSTBIQ (Lesbian Gay Bisexual Trans Intersex Queer)-Bereich zuzuordnen seien. Die Zusammenarbeit mit dem Anyway habe zwar im Vorhinein der Studie stattgefunden, im Anschluss fließe von dieser Seite aus jedoch nichts mehr in die Befragung ein. Bei der Vielfalt und der Diversität, die in der Stadt Köln vorliege sei dies in seinen Augen und auch aus Sicht der Stadtarbeitsgemeinschaft ein Manko. Es sei sinnvoll, genau diesen Bereich in den kommenden Jugendbefragungen näher zu behandeln.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.6 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen 2019 0434/2020**

MdR Schwanitz nimmt Bezug auf die der Mitteilung beigefügte Anlage 1 und erkundigt sich, worum es sich bei den „sonstigen Gründen“ handelt.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass diese Anfrage im Nachgang in Form einer Mitteilung beantwortet werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.7 Evaluationsbericht zum vereinfachten Ersatzbeschaffungsverfahren von Rettungsdienstfahrzeugen durch die Festlegung von Nutzungsdauern 0688/2020**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.8 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zum Kaufhof-Bewerbertag in 2019  
0606/2020**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.9 Kompensationszahlung der Stadt Köln für 2019  
0493/2020**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.10 Transparenzbericht 2019 zur Verwaltungsreform #wirfürdiestadt  
0651/2020**

Herr Dr. Heinz bietet an, den Transparenzbericht mit dem dazugehörigen Vortrag aufgrund der aktuellen Situation und der daraus gebotenen Kürze, in den Fraktionen einzeln vorzustellen. Insgesamt ließe sich für das Jahr 2019 sagen, dass die Projektarbeit erneut sehr erfolgreich gewesen sei. Diese spiegele sich mit einer Quote von etwa 85 Prozent wieder. Gleichwohl zeige der Verwaltungsalltag, dass bis zum Jahr 2022 trotz allem noch Verbesserungspotential bestehe. Insbesondere positiv zu erwähnen sei, dass insgesamt eine Stimmung der agilen Veränderung innerhalb der Verwaltung entstanden sei. Bislang seien immer die mal mehr, mal weniger erfolgreichen Projekte im Fokus gewesen. Zwischenzeitlich fänden jedoch immer mehr Veranstaltungen und Workshops statt, in denen Mitarbeitende von sich aus aktiv würden. Gerade auch in der Corona-Krise habe man deutlich sehen können, dass es eine Bewegung und auch Mut gegeben habe, etwas auszuprobieren und auch weniger Angst vor Fehlern zu haben. Am morgigen Amtsleitungstag werde man sich damit beschäftigen, wie man genau diese Stimmung und die Erfahrungen aus dieser Krise mitnehmen könne. Den Ausblick betreffend, teilt Herr Dr. Heinz mit, dass man sich bislang immer sehr stark auf Projekte konzentriert habe. Dies werde auch fortgesetzt. Hinzukomme jedoch, dass man sich auch sehr stark an die Führungskräfte wenden werde. Da eine Nachhaltigkeit der Reform gewünscht sei, müsse diese auch von den agierenden Personen getragen werden. Hierzu sei bereits das große Projekt des Dezernates I „Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit“ im letzten Jahr gestartet worden. Dies werde nun mit gezielten Aktivitäten für die Amtsleitungsebene und in Form eines gesonderten Projektes für die mittlere Führungsebene umgesetzt. Denn insbesondere die mittlere Führungsebene bestimme maßgeblich die Stimmung und Möglichkeiten innerhalb einer Verwaltung.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.11 Mitteilung zum Änderungsbeschluss vom 23.04.2018 (AN/0629/2018)  
hier: Vorstellung des erarbeiteten Rollenbildes für den Ordnungsdienst  
0685/2020**

Die Mitteilung wurde auf Wunsch der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**4.12 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht;  
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen  
0299/2020**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.13 Inklusionstaxen in Köln  
1098/2020**

Herr Adolf bedankt sich für die Beantwortung seiner Anfrage. Er führt aus, dass zwischenzeitlich auch Städte wie Stuttgart und München städtische Mittel zur Förderung von Inklusionstaxen bereitgestellt hätten. Er bittet darum, in sechs bis acht Monaten einen weiteren Bericht zu den Erfahrungen dieser Städte in den AVR einzubringen.

Die Verwaltung sichert dies zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.14 Pilotprojekt barrierefreie Indoor-Navigation bei 33  
3596/2019**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.15 Veränderte Prioritäten im Klimaschutz  
0875/2020**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.16 Einsatz von Bodycams bei der KVB  
1558/2020**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

**6 Schriftliche Anfragen**

**6.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Einsatzkonzepte Karneval Streetwork  
und Ordnungsdienst"  
AN/0364/2020**

Es liegt noch keine Beantwortung der Anfrage vor.

Die Anfrage wird zurückgestellt.

**6.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Untersuchung der Auswirkungen von  
Sauberkeit auf die Sicherheitssituation im öffentlichen Raum"  
AN/0754/2020**

## **Beantwortung der Anfrage AN/0754/2020 - Untersuchung der Auswirkungen von Sauberkeit auf die Sicherheitssituation im öffentlichen Raum 1734/2020**

MdR Dr. Elster teilt mit, dass die Beantwortung sehr umfangreich sei sowie kurzfristig eingestellt worden sei und man diese zunächst noch im Arbeitskreis der Fraktion besprechen wollen.

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

### **7 Mündliche Anfragen**

#### **7.1 Aktuelles zur Corona-Pandemie**

Der Vorsitzende bittet Herrn Stadtdirektor Dr. Keller um Mitteilung eines aktuellen Sachstandes zur Corona-Pandemie.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller berichtet, dass mit Stand vom 05.06.2020 auf dem Gebiet der Stadt Köln 2.489 Fälle und 100 Todesfälle zu verzeichnen seien. Das Geschehen werde nach wie vor täglich beobachtet, allerdings sei der Berichtszeitraum vergrößert worden. Es herrsche derzeit eine Situation vor, in der deutlich Entspannung signalisiert werden könne. Besonderes Augenmerk werde immer auf die Inzidenzzahl, kumulativ maximal 50 neue Fälle pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen, gelegt. Dies sei wichtig, um entscheiden zu können, ob man zurück müsse in neuerliche Beschränkungen oder nicht. Diese Zahl liege in Köln bei zuletzt etwa 2,67 und so sei diese auch geblieben. Man sei also weit von der Obergrenze entfernt und es gebe in Köln zwischenzeitlich auch lediglich noch eine kleinere zweistellige Zahl von akut Infizierten. Die Zahl der Todesfälle sei sehr stabil. Am 10.05.2020 seien insgesamt 98 Todesfälle zu verzeichnen gewesen. Dementsprechend seien im Zeitraum von einem Monat zwei neue Todesfälle hinzugekommen. Besonders erfreulich sei auch der starke Rückgang der Infektionen in den Alten- und Pflegeheimen. In der letzten Sitzung des Krisenstabes am vergangenen Freitag seien noch neun Personen infiziert gewesen. Dies sei im Vergleich zu den 170, 180 Personen, die zwischenzeitlich akut infiziert waren, nur noch eine sehr geringe Anzahl. Dies sei auch auf das konsequente Einschreiten zu Beginn der Pandemie mit den mobilen Task Forces zurückzuführen, deren Fokus auf den Schutz vulnerabler Gruppen gelegt war. Auch das umfassende Testprogramm habe darüber hinaus dazu beigetragen. Im ersten Durchgang seien zehntausend Pflegekräfte getestet worden. Von diesen waren 7.500 im stationären Bereich und 2.500 Mitarbeitende ambulanter Pflegedienste. In diesem Durchgang seien knapp 170 Pflegekräfte als positiv identifiziert und dann konsequent unter Quarantäne gestellt worden. Somit sei das Eintragen des Virus in die Alten- und Pflegeheime durch unerkannt Virustragende verhindert worden. Diese Strategie sei sehr aufwendig und auch kostspielig gewesen, jedoch seien dadurch durchaus Leben in Köln gerettet worden. Dieser richtige Weg werde fortgesetzt. Das Testprogramm werde weiter ausgeweitet und der Turnus mit dem Biomonitoring in den Alten- und Pflegeheimen wiederholt. Es werde aber auch Angebote für das Personal von Kindertageseinrichtungen und Schulen geben. Bei den Mitarbeitenden in den Kindertageseinrichtungen sei die klare Empfehlung ausgesprochen worden, sich testen zu lassen. Dies sei auch bereits möglich. Zudem werde neben der stationären Testmöglichkeit eine mobile Testmöglichkeit durch aufsuchende Testungen vorbereitet. Dies werde im Rahmen sogenannter Pooltestungen erfolgen. Hierzu



würden mehrere Proben zusammen genommen und wenn diese negativ sind, sei der Pooltest abgeschlossen. Sofern die Poolprobe positiv sei, müsse nachfolgend in eine Einzeltestung eingestiegen werden. Da zwischenzeitlich jedoch lediglich noch eine geringe Anzahl der Tests positiv ausfalle, gehe er davon aus, mit diesen Pooltest eine kostengünstige und schnelle Möglichkeit zur Testung einer größeren Anzahl von Mitarbeitenden in den Kindertageseinrichtungen gefunden zu haben. Als Beispiel für die geringe Anzahl positiv ausgefallener Tests nennt Herr Stadtdirektor Dr. Keller die Zahlen von Pfingstdienstag. Zu diesem Zeitpunkt seien auf dem Kölner Stadtgebiet ungefähr 2.200 Tests durchgeführt worden, von denen insgesamt drei Tests positiv gewesen seien. Die Quote der Virusträgerinnen und Virusträger in der Bevölkerung scheine demnach zwischenzeitlich sehr gering zu sein. Dieser Wert sei zudem bereits seit etwa zwei bis drei Wochen beständig. Seit Beginn der Pandemie seien etwa 110.000 Tests durchgeführt worden. Über den gesamten Zeitraum seit Februar sei eine Positivquote von etwa 3 Prozent zu verzeichnen. In den letzten zwei bis drei Wochen sei diese Quote auf unter 0,5 Prozent gesunken. Dies mache Hoffnung, dass eine zweite Welle zumindest in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei. Die Arbeit des Krisenstabes dünne sich immer weiter aus. So sei auch bereits konkret überlegt worden, die Stabsarbeit zu beenden. Es sei jedoch entschieden worden, das Netz zunächst lediglich weitmaschiger zu machen, um weiterhin reaktionsfähig zu bleiben. Es werde zwischenzeitlich nur noch ein Mal wöchentlich getagt.

MdR Görzel erkundigt sich, ob sich die Neuinfizierten anhand bestimmter Merkmale, wie beispielsweise dem Alter, in Gruppen einordnen ließen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass die Neuinfizierten keiner Gruppe zuzuordnen seien. Dies liege auch daran, dass täglich nur noch eine geringe einstellige Zahl an Neuinfizierten zu verzeichnen sei. Darüber hinaus würden nach wie vor vorrangig Personen aus kritischer Infrastruktur getestet, sodass viele Personen im erwerbsfähigen Alter unter den Infizierten seien. Eine genaue Aufschlüsselung liege ihm jedoch nicht vor.

MdR Richter erkundigt sich, ob angesichts der guten Entwicklung weitere Lockerungsmaßnahmen im Bereich der Alten- und Pflegeheime seitens der Stadt beabsichtigt und möglich seien. Zudem bittet er um Mitteilung, ob bereits bekannt sei, wann der Krisenstab aufgelöst werde.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass ein ständiger Kontakt mit den Trägern der Alten- und Pflegeheime bestehe. Von städtischer Seite aus könnten jedoch keine Lockerungen veranlasst werden, die über die Regelungen der Landesregierung hinausgingen. Es werde immer wieder vernommen, dass in einzelnen Alten- und Pflegeheimen strenger verfahren würde, als es die getroffenen Regelungen der Landesregierung verlangen. In diesen Fällen sei man im Gespräch, dass die Optionen, welches das geltende Recht ermögliche, auch ausgeschöpft würden. Die Task Force Vulnerable Gruppen habe in diesem Zusammenhang auch die Aufgabe zu beraten, welche Infektionsschutzmaßnahmen noch erforderlich seien oder welche pragmatischer Weise weiter beibehalten werden sollten. Letzten Endes sei man jedoch darauf angewiesen, wie die Alten- und Pflegeheime selbst agieren. Er habe jedoch den Eindruck, dass dies im Großen und Ganzen sehr verantwortungsvoll verlaufe. Im Hinblick auf die zweite Frage des MdR Richter teilt Herr Stadtdirektor Dr. Keller mit, er gehe davon aus, dass im nächsten Monat entschieden werde, ob die Arbeit des Krisenstabes auch formell beendet werden. Man wolle jedoch weiterhin, insbesondere im Themenfeld Kontaktpersonenmanagement, reaktionsfähig bleiben.

## **7.2 Wahllokal im Stadtteil Porz-Gremberghoven**

Herr Pütz führt aus, dass die Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtteil Porz-Gremberghoven ihre Stimmen bei der letzten Europawahl nicht in ihrem Stadtteil abgeben konnten, da die örtliche Grundschule aufgrund von Baumaßnahmen nicht als Wahllokal zur Verfügung gestanden habe. Das Ersatzgebäude habe im benachbarten Stadtteil Finkenbergring gelegen. Auf Nachfrage der SPD-Fraktion nach alternativen Räumlichkeiten in Gremberghoven sei seitens der Wahlleitung mitgeteilt worden, dies für die kommenden Wahlen prüfen zu wollen. Herr Pütz erkundigt sich, wie die Verwaltung beabsichtigt, sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger aus Gremberghoven bei künftigen Wahlereignissen in ihrem Stadtteil wählen können. Zudem bittet er um Mitteilung, ob es alternativen Planungen gebe, für den Fall, dass die Grundschule Breitenbachstraße erneut nicht als Wahllokal zur Verfügung stehe.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

## **7.3 Webseite Coronahilfen**

MdR Schwanitz nimmt Bezug auf die Webseite „Coronahilfen“\* und bittet darum, die Option des dritten Geschlechts einzupflegen.

\* nach Rücksprache mit MdR Schwanitz ging es nicht um die Webseite „Coronahilfen“, sondern eine reguläre Webseite (Terminvereinbarung Urkundenservice) der Stadt Köln.

## **8 Anträge**

### **8.1 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Maßnahmen zur digitalen und kontaktlosen Datenerfassung" AN/0661/2020**

MdR Görzel teilt mit, dass der Antrag im Hauptausschuss sowie im Unterausschuss für Digitale Kommunikation und Organisation ausführlich diskutiert worden sei. Es habe im Unterausschuss für Digitale Kommunikation und Organisation zunächst noch Bedenken hinsichtlich der datenschutzrechtlichen Zulässigkeit seitens der SPD-Fraktion gegeben. Diese seien seiner Kenntnis nach zwischenzeitlich jedoch durch eine entsprechende Stellungnahme des Landesbeauftragten für Datenschutz ausgeräumt worden. Den zweiten Spiegelstrich würde er zudem auch für erledigt erklären, denn das Landesministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit habe die entsprechende Verordnungslage zwischenzeitlich abgeändert und die elektronische Datenerfassung werde in der Fassung der Corona-Schutzverordnung vom 30.06.2020 als zulässig erachtet.

MdR Dr. Elster erläutert, dass sich aus der Diskussion im Unterausschuss für Digitale Kommunikation und Organisation ebenfalls ergeben habe, dass der Spiegelstrich zwei erledigt sei. Dies läge jedoch daran, dass die beantragten Maßnahmen durch die Verwaltung zwischenzeitlich bereits umgesetzt würden. Aus demselben Grunde habe sich seines Erachtens nach auch Spiegelstrich eins erledigt. Daher sei eine Abstimmung nicht mehr erforderlich.

MdR Richter teilt mit, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesem anschließen.  
Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag als erledigt zu behandeln ist.

**Beschluss:**

Die Sache ist erledigt.

**9 Platzvergaben**

**9.1 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2020  
1316/2020**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2020

1. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
  - des Antikmarktes vom 04.09.2020 bis 06.09.2020 (inklusive Auf- und Abbauzeiten 03.09.2020 bis 07.09.2020)
  - der Side Events zum Köln Marathon vom 01.10.2020 bis 04.10.2020 (inklusive Auf- und Abbauzeiten 28.09.2020 bis 06.10.2020)
  - des Antikmarktes vom 29.10.2020 bis 31.10.2020 (inklusive. Auf- und Abbauzeiten 28.10.2020 bis 02.11.2020)
  
2. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
  - des Antik- und Designmarktes vom 09.10.2020 bis 11.10.2020 (inklusive Auf- und Abbauzeiten 08.10.2020 bis 12.10.2020)
  - des Lifestyle- und Designmarktes vom 15.10.2020 bis 18.10.2020 (inklusive Auf- und Abbauzeiten 14.10.2020 bis 19.10.2020)

den jeweiligen Veranstaltern zur Verfügung zu stellen, sofern die zum jeweiligen Veranstaltungszeitpunkt geltenden aktuellen Vorgaben/Maßnahmen zur Coronaschutzverordnung (CoronaSchVO) die Durchführung der geplanten Veranstaltungen zulassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10 Allgemeine Vorlagen**

**10.1 Stellplatzsatzung für Köln  
3217/2019**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke betreffend TOP 10.1 "Stellplatzsatzung für Köln" (3217/2019)  
AN/0503/2020**

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet MdR Richter darum, die Vorlage sowie den Änderungsantrag zurückzustellen.

**Beschluss:**

Die Vorlage und der Änderungsantrag werden zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen  
2763/2019**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend TOP 10.2 "Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen" (2763/2019)  
AN/0324/2020**

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet MdR Richter darum, die Vorlage sowie den Änderungsantrag zurückzustellen.

**Beschluss:**

Die Vorlage und der Änderungsantrag werden zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums (WRM) und Fondation Corboud und Randbebauung - Baubeschluss  
1051/2020**

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet MdR Tokyürek darum, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Der Vorsitzende erläutert, dass es in der heutigen Sitzung des Bauausschusses eine Mitteilung der Beigeordneten für Kunst und Kultur gegeben habe und verliest diese. Der Wortlaut ist der Anlage 4 zu der unter TOP 17.3 geführten Vorlage zu entnehmen.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Umsetzung des Förderprogramms "DigitalPakt NRW" zur Digitalisierung der Kölner Schulen - außerplanmäßige Auszahlungen im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben in den Haushaltsjahren 2020 und 2021  
0844/2020**

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass die SPD-Fraktion gerne bereit sei, der Vorlage zuzustimmen. Er wolle jedoch deutlich machen, dass dies unter der Maßgabe der Berücksichtigung des Prüfauftrages aus dem Beschluss des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 25.05.2020 geschehe. Dort sei einstimmig beschlossen worden, dass die Verwaltung im Rahmen der Auswirkungen der Corona-Pandemie gebeten werde zu prüfen, inwiefern die Ausstattung mit Hardware beschleunigt vorgenommen und die notwendige Software zur Verfügung gestellt werden könne, sodass allen Kindern das digitale Lernen ermöglicht werden könne.

MdR Tokyürek nimmt Bezug auf Seite fünf der Beschlussvorlage. Sie habe eine konkrete Frage zum Oberpunkt „Aktueller Sachstand“. Dort werde ausgeführt, dass ein technisch-pädagogisches Einsatzkonzept erarbeitet werden solle, in dem der jeweilige Qualifikationsstand des Lehrerkollegiums festgestellt und weitere Qualifizierungsmöglichkeiten aufgezeigt würden. Dies sei jedoch nicht Teil der hier behandelten Beschlussvorlage. Sie bittet um weitere Informationen, wie sichergestellt werden soll, dass das Lehrerkollegium mit den zu beschaffenden technischen Ausstattungen fachgerecht umgehen könne. Sie pflichtet zudem den Ausführungen des MdR Dr. Krupp bei und erkundigt sich in dem Zusammenhang, ob Fördermittel des Bundes einfließen würden.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass diese Nachfragen zur schriftlichen Beantwortung an das Dezernat IV weitergeleitet würden.

### **Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die Umsetzung des Förderprogramms über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Digitalisierung der Schulen in Nordrhein-Westfalen (DigitalPakt NRW) mit dem in Anlage 3 beigefügten Maßnahmenkatalog und den Abruf der Fördermittel in voller Höhe (rund 47,33 Millionen Euro) zuzüglich den Einsatz von geforderten Eigenmitteln in Höhe von 10 Prozent (rund 5,259 Millionen Euro) in Köln. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der erteilten Förderzusagen durch das Land NRW.

Die Fördermittel werden für folgende Maßnahmen verwendet:

- Modernisierung der Inhouse-Verkabelungen
- Ausbau des WLAN durch Beschaffung von Hardware und Lizenzen
- Sicherstellung des Internetempfangs in GIGA-BIT Geschwindigkeit
- Neu- und Ersatzbeschaffung von Switchen
- Geräte zum Ausbau der Präsentations- und Anzeigetechnik m. Ansteuerungsgeräten
- Mobile Endgeräte
- Coding-Elemente mit Zubehör
- Digitale Fachraumausstattung
- Modernisierung von Informatikräumen

Der Rat nimmt diese von der Verwaltung erstellte Zusammenstellung (siehe Anlage 3 / Maßnahmenkatalog mit Beschreibung) zustimmend zur Kenntnis und ermächtigt die Verwaltung, die erforderlichen Aufträge unter Berücksichtigung der bestehenden Vergabebestimmungen zu erteilen.

Den im Maßnahmenkatalog benannten Maßnahmen zur Digitalisierung der Kölner Schulen wird vom Rat im Sinne der Bedarfsprüfung zugestimmt und die Verwaltung wird mit der Durchführung der erforderlichen (europaweiten) Ausschreibungen beauftragt. Zu beachten ist, dass alle Maßnahmen inhaltlich in Einklang mit der Zielsetzung des „Konzeptes zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen“ (Vorlage 2703/2014) stehen und die konkreten Einzelabrufe jeder Schule einer inhaltlichen, pädagogisch sinnvollen Bedarfsbegründung und -prüfung unterliegen. Soweit es die Zuwendungsrichtlinien vorgeben, wird von der Verwaltung mit der jeweiligen Schule ein technisch-pädagogisches Einsatzkonzept erarbeitet, das auch den jeweiligen angemeldeten Bedarf begründen wird.

Notwendige Verschiebungen bei genannten Maßnahmen und der geplanten Mittelverwendung sind im Rahmen des Förderzweckes zulässig. Sollten im weiteren Verfahren Maßnahmen als nicht realisierbar oder nicht förderfähig eingestuft werden, oder sollte die technische Weiterentwicklung von Geräten etc. es notwendig machen, sind Ersatzmaßnahmen mit einem entsprechenden Finanzvolumen heranzuziehen. Auch zusätzliche Maßnahmen können durch eine Umschichtung der Fördergelder durch die Verwaltung vorgenommen werden. So hat zum Beispiel die sehr dynamische Entwicklung der vergangenen Wochen mit den Auswirkungen des Corona-Virus auf den schulischen Alltag allen Beteiligten gezeigt, dass es rasant an Bedeutung gewinnt, Möglichkeiten der Kommunikation und des Dokumentenaustausches mit dezentralen Standorten in die kommenden strategischen Projekte einzubeziehen (wie cloud-basiertes Arbeiten mit der Integration von Videokonferenzen und Lösungen der Telekommunikation).

Es ist geplant, die Fördermittel vollumfänglich in den Jahren 2020 bis 2024 auszuschöpfen. Zur Entlastung des städtischen Haushaltes sind dabei vordringlich diejenigen Maßnahmen zu realisieren, für die bereits entsprechende Haushaltsermächtigungen im Haushaltsplan vorgesehen sind.

2. Der Rat nimmt die gem. Anlage 4 und 5 vorgenommene Aufteilung auf die Jahre 2020 bis 2024 zustimmend zur Kenntnis.

Für die haushaltsmäßige Umsetzung in 2020 und 2021 beschließt der Rat vorbehaltlich der Gewährung der Landesförderung die außerplanmäßige Bereitstellung und gleichzeitige Freigabe von investiven Zahlungsmitteln in Höhe von insgesamt rund 1,9 Millionen Euro in 2020 beziehungsweise rund 5,6 Millionen Euro für 2021 im Teilfinanzplan 0301 Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 9 – Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei den nachfolgend noch zu bildenden Finanzstellen:

	Jahr 2020	Jahr 2021
4050-0301-0-6015 - WLAN - DigitalPakt	200.000	700.000
4050-0301-0-6016 - Gigabit Internet - DigitalPakt	60.000	300.000
4050-0301-0-6017 - Präsent./Anzeigetechnik - DigitalPakt	900.000	3.825.000
4050-0301-0-6018 - Coding-Elemente - DigitalPakt	0	200.000
4050-0301-0-6019 - Fachraumausstattung - DigitalPakt	579.425	197.800
4050-0301-0-6020 - Modernis. Informatikräume - DigitalPakt	120.000	345.000

Die Deckung dieser Mehrbedarfe erfolgt in 2020 und 2021 aus Mehreinzahlungen aus dem 90-prozentigen Zuwendungsanteil „DigitalPakt NRW“ in Höhe von rund 1,67 Millionen Euro (2020) beziehungsweise in Höhe von rund 5,01 Millionen Euro (2021). Die Finanzierung des 10-prozentigen städtischen Eigenanteils erfolgt in 2020 und 2021 aus Mitteln des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 9 – Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4050-0301-0-6013 „Gute Schule 2020“ in Höhe von rund 186.000 Euro (2020) beziehungsweise rund 560.000 Euro (2021).

Die gem. Anlage 4 beziehungsweise 5 für 2020 und 2021 im Rahmen der Umsetzung entstehenden konsumtiven Mehrbedarfe im Teilergebnisplan 0301 Schulträgeraufgaben in Höhe von rund 980.000 Euro (2020) beziehungsweise rund 5,5 Millionen Euro (2021) werden im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung mittels echter beziehungsweise unechter Deckung finanziert.

Die Mittelveranschlagung für die Jahre 2022-2024 erfolgt im Rahmen des Haushaltsplan-Aufstellungsverfahrens 2022 fortfolgende.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung  
1056/2020**

MdR Dr. Krupp bittet darum, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Besondere Regelung zur "Straßenmusik im Domumfeld"  
0228/2020**

MdR Richter bittet darum, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## 11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

gez. Bernd Petelkau  
(Vorsitzender)

gez. Melina Schacknat  
(Schriftführung)